

OA-Update 2023/15 | Stand: 06. Oktober

# Sanktionen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das neue Update fasst die wichtigsten Sanktionsentwicklungen seit dem 14. September zusammen. Aktuell werden in Brüssel bereits Vorschläge für ein 12. Sanktionspaket der EU gegen Russland gesammelt. Als wahrscheinlich gilt inzwischen ein Verbot des Imports russischer Diamanten. Außerdem geht es um die Verwendung der Zinsgewinne aus eingefrorenen russischen Zentralbankgeldern zugunsten der Ukraine. Am 30. September 2023 traten die von der EU und Großbritannien verhängten Importverbote für Eisen- und Stahlprodukte aus Russland in Kraft. Verboten sind damit nunmehr auch Erzeugnisse, die unter Beimischung russischer Vorprodukte hergestellt und über Drittländer bezogen wurden. Die Unternehmen müssen entsprechende Nachweise erbringen. Zu diesen Anforderungen veröffentlichte die EU-Kommission am 2. Oktober elf weitere FAQ.



Bezüglich der im elften Sanktionspaket verankerten allgemeinen Hinweispflicht bei Sanktionsverstößen (Art. 6b der Verordnung (EU) Nr. 833/2014) veröffentlichte das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz auf seiner Internetseite fünf neue FAQ. Weitere Meldungen im heutigen Update betreffen die Jahrespressekonferenz des Ost-Ausschusses, in der es auch um die Wirksamkeit der Sanktionen ging, sowie verschiedene neue Sanktionen in einzelnen Ländern. Hier die Kapitelübersicht:

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps&Links](#)

## 1. Ost-Ausschuss

---

### **Deutsche Wirtschaftsbeziehungen mit Osteuropa im Umbruch**

Der russische Krieg in der Ukraine, die massive Verschärfung der Wirtschaftssanktionen und die geopolitischen Veränderungen – die Herausforderungen für deutsche Unternehmen in Mittel- und Osteuropa sind derzeit so groß, wie seit Jahrzehnten nicht mehr. „Wir beobachten eine tiefgreifende Neuordnung unserer Wirtschaftsbeziehungen mit und in der Region“, sagt die neue Ost-Ausschuss-Vorsitzende Cathrina Claas-Mühlhäuser anlässlich der Herbstpressekonferenz des Verbands am 19. September in Berlin.

„In den ersten sieben Monaten 2023 sind die deutschen Exporte in die 29 Länder des Ost-Ausschusses um knapp zwei Prozent auf 161 Milliarden Euro gestiegen“, sagt die Ost-Ausschuss-Vorsitzende. „Der starke Einbruch der Exporte nach Russland um fast 40 Prozent konnte also kompensiert werden.“ Zum positiven Exportergebnis trugen insbesondere Länder wie Rumänien, Ungarn, die Slowakei, einzelne zentralasiatische Staaten aber auch die Ukraine bei. Die deutschen Einfuhren aus der Region sanken vor allem aufgrund geringerer Energieimporte um sieben Prozent auf 156 Milliarden Euro.

Auf der Pressekonferenz in Berlin stellte sich die gesamte neue Führungsspitze des Ost-Ausschusses vor: Dies sind neben der neuen Vorsitzenden Cathrina Claas-Mühlhäuser, Vorsitzende des Aufsichtsrats des Landmaschinenherstellers Claas, ihre beiden Stellvertreter Dr. Christian Bruch, CEO von Siemens Energy, und Burkhard Dahmen, Vorsitzender der Geschäftsführung der SMS Holding. Die neue Führungsspitze war im Juni gewählt worden.

### **Ukraine: Wiederaufbau kann nicht warten**

Auf der Prioritätenliste des neuen Vorstands steht die Unterstützung für den Wiederaufbau der Ukraine weiter ganz oben. Cathrina Claas-Mühlhäuser drängt hier zur Eile: „Für den Wiederaufbau brauchen wir eine optimale Abstimmung zwischen Wirtschaft und Politik und Partnerschaften zwischen deutschen und ukrainischen Unternehmen. Daran arbeiten wir,“ sagt Claas-Mühlhäuser. Die Ost-Ausschuss-Vorsitzende lobt insbesondere die jüngst erreichten Verbesserungen bei Export- und Investitionsgarantien des Bundes. „Das ist ein sehr wichtiger Fortschritt. Es mangelt aber noch an Versicherungen für den Transport von Waren und für die Absicherung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in die Ukraine reisen“, so Claas-Mühlhäuser. Aber auch die Ukraine müsse ihre Hausaufgaben machen. „Der Wiederaufbau sollte eng mit dem EU-Beitrittsprozess verknüpft werden, um von Anfang an für Transparenz zu sorgen und europäische Normen und Standards zu implementieren.“ Der Ost-Ausschuss hat einen eigenen Service Desk Ukraine zur Unterstützung des Wiederaufbaus eingerichtet und ist am 24. Oktober Mitveranstalter des 6. Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsforums, zu dem auch Bundeskanzler Olaf Scholz erwartet wird.

## Rasante Entflechtung vom russischen Markt

Während sich in der Ukraine trotz der Kriegssituation Geschäftschancen für deutsche Unternehmen eröffnen, verliert Russland als Wirtschaftspartner dramatisch an Bedeutung. „Die Entflechtung vom russischen Markt verläuft in hohem Tempo“, sagt Cathrina Claas-Mühlhäuser. „Unter den deutschen Handelspartnern weltweit ist Russland binnen eines Jahres von Rang 14 auf Rang 36 abgerutscht. Im Vergleich zum Vorjahr sank der deutsch-russische Handel in den ersten sieben Monaten 2023 um 27 Milliarden Euro auf nur noch 8,4 Milliarden Euro, ein Minus von 76 Prozent.“ Die große Mehrheit der deutschen Unternehmen habe ihre Geschäfte in Russland weit über die Sanktionsbestimmungen hinaus heruntergefahren oder ziehe sich zurück, obwohl die russische Regierung den Rückzug ausländischer Unternehmen immer mehr erschwere. „Viele Unternehmen sind aber an vertragliche Verpflichtungen gebunden und können nicht einfach den Markt verlassen, ohne sich und ihre lokalen Mitarbeiter strafbar zu machen“, sagt Cathrina Claas-Mühlhäuser. Die vollständige Einstellung aller Geschäftsaktivitäten sei auch nicht das Ziel der Sanktionen. „Wir treten dafür ein, Aktivitäten in bewusst nicht sanktionierten Wirtschaftssektoren – wie etwa dem Gesundheitswesen, in der Landwirtschaft oder bei der Lebensmittelversorgung – aufrechtzuerhalten.“ Dies bedeute auch, dass nicht alle Zahlungskonzepte nach Russland geschlossen werden dürften. „Ein kompletter Rückzug europäischer Banken, wie unlängst von der EZB gefordert, hätte dramatische Folgen für alle ausländischen Unternehmen“, sagt Claas-Mühlhäuser.

Im Kampf gegen Sanktionsumgehungen unterstützt der Ost-Ausschuss den Kurs der EU, zunächst mit diplomatischen Initiativen und Angeboten für die Länder im Südkaukasus und in Zentralasien Schlupflöcher zu schließen. „Wir brauchen diese Länder gerade jetzt wirtschaftlich und politisch als Partner, und sie brauchen uns“, sagt Claas-Mühlhäuser: „Aus unseren Gesprächen wissen wir, dass der Wille, Sanktionsumgehungen zu verhindern, groß ist. Vorschnelle Verurteilungen oder gar pauschale Sanktionen gegen Drittländer halten wir für nicht zielführend.“ Weltweit seien über 30.000 Einzelsanktionen gegen Russland in Kraft. International aufgestellte Unternehmen betrieben einen gigantischen Aufwand, um Verstöße dagegen und eine Umgehung von Sanktionen durch Zwischenhändler zu verhindern. Zur Unterstützung der Unternehmen fordert der Ost-Ausschuss die Aufstockung des Personals bei Zoll und Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) und eine stärkere Konzentration der Sanktionen und deren Kontrolle auf kriegswichtige Güter. „Das größte Problem ist, dass nur ein kleiner Teil der Welt die Sanktionen mitträgt“, sagt Claas-Mühlhäuser. „Wenn die Politik hier etwas tun möchte, ist es geboten, mehr Länder zum Mitmachen zu motivieren.“

Die vollständige Pressemitteilung und die aktuellen Handelszahlen der ersten sieben Monate 2023 finden Sie hier:

[Deutsche Wirtschaftsbeziehungen mit Osteuropa im Umbruch | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

## 2. Deutschland

---

### FAQ zu allgemeiner Hinweispflicht bei Sanktionsverstößen

Das Bundeswirtschaftsministerium weist darauf hin, dass auf der Internetseite des BMWK fünf FAQ zur Hinweispflicht nach Art. 6b der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 veröffentlicht wurden. Diese an Jedermann gerichtete allgemeine Hinweispflicht war im 11. EU-Sanktionspaket entsprechend verankert worden. Diese Pflicht sei auch in anderen EU-Sanktionsverordnungen bereits enthalten, fehlte aber bislang bei den Exportverboten der EU-Russlandsanktionen, wie das BMWK mitteilt. Sie finden die neuen FAQ ab Frage 58 im [Fragenkatalog zu den Russlandsanktionen](#).

Das BMWK arbeitet aktuell auch an einem Entwurf für ein Hinweispapier zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten betreffend Exportverbote, um bestehende Fragen und Unsicherheiten auszuräumen und mehr Unternehmen zu motivieren, Hinweise auf Sanktionsverstöße zu übermitteln. Mehr dazu in einem der nächsten Updates.

-----

### Fünf deutsche Unternehmen noch in den TOP 50 in Russland

Das amerikanische Wirtschaftsmagazin Forbes hat auch in diesem Jahr eine Rangliste der wichtigsten ausländischen Unternehmen in Russland erstellt. Die Rangliste basiert auf den Umsätzen von 2022 und listet Unternehmen, die zu mehr als 50 Prozent im Besitz von Ausländern sind. Banken und andere Finanzunternehmen werden nicht berücksichtigt. Im Vergleich zum Vorjahr gab es dabei massive Veränderungen. Während im letztjährigen Rating acht deutsche Unternehmen vertreten waren, sind es in der neuen Rangliste noch fünf. Hingegen haben Volkswagen, Mercedes-Benz, BMW, Bosch und Henkel den russischen Markt verlassen und sind aus der Liste verschwunden. Noch in den TOP 50 vertreten sind Metro (Platz 7), Globus (12), Uniper (19), Knauf (24), Bayer (25). Insgesamt sei der Umsatz deutscher Unternehmen aus der Spitzengruppe um Zweidrittel zurückgegangen.

Genau die Hälfte der großen ausländischen Unternehmen machte 2022 laut der russischen Ausgabe von Forbes mehr Umsatz als im Jahr zuvor. Unternehmen, die am meisten zugelegt haben, kommen vor allem aus China und der Türkei. Die chinesischen Autokonzerne Chery (plus 137%), Geely (plus 82%) und Haval (plus 40%) sind mit den Haushaltstechnikproduzenten Haier (plus 67%) und Beko (plus 158%) die großen Gewinner des Rankings.

In der traditionellen Rangliste, welche die 50 größten ausländischen Unternehmen in Russland listet, gibt es insgesamt 22 Neueinträge. Neben den genannten deutschen Unternehmen zogen sich auch weitere westliche Firmen vom russischen Markt zurück, darunter der französische Autobauer Renault (vorherige Rangliste: Platz drei), der japanische Autokonzern Toyota (Platz sieben) sowie die Technologieweltmarktführer Apple (Platz fünf) und Samsung (Platz neun). Die meisten ausländischen Unternehmen mit dem größten Umsatz in Russland kommen jedoch weiterhin aus westlichen, sogenannten „unfreundlichen“ Ländern.

Leroy Merlin, ein französischer Heimwerker- und Gartenfachhandel, belegte in der vorherigen Rangliste noch den zweiten Platz hinter Volkswagen. Nach dem Ausscheiden der Wolfsburger sind die Franzosen mit einem Umsatz von 5,1 Milliarden Euro das ausländische Unternehmen in Russland mit dem größten Umsatz, gefolgt von den Tabak-Giganten Japan Tobacco International (4,1 Milliarden Euro Umsatz) und Philip Morris International (3,8 Milliarden Euro Umsatz) mit Hauptsitz in New York.

Mit acht Vertretern stellen die Amerikaner die meisten Firmen in der Liste der 50 ausländischen Großkonzerne in Russland. Das bestplatzierte amerikanische Unternehmen nach Philip Morris International ist PepsiCo auf Platz vier der Liste. Der Getränke- und Lebensmittelkonzern steigerte seinen Umsatz um 13 Prozent auf fast 3 Milliarden Euro, obwohl das namensgebende Kultgetränk Pepsi in Russland seit Frühling 2022 nicht mehr produziert wird. Während 2021 nur ein chinesisches Unternehmen vertreten war, sind es in der aktuellen Rangliste schon sechs. Die Türkei, Frankreich und Deutschland stellen jeweils fünf Firmen. Erstmals waren auch Thailand (CP Foods), Kasachstan (Polymetal International) und Belarus (BelAS) vertreten.

[50 крупнейших иностранных компаний в России — 2023. Рейтинг Forbes | Forbes.ru](#)

-----

### **US-Sanktionen auch gegen deutsches Unternehmen**

Die Firma ICW – Industrial Components Weirich aus dem saarländischen Heusweiler wurde am 25. Juni auf die so genannte US-Entity-List gesetzt, wie jetzt bekannt wurde. Das Unternehmen darf nun nicht mehr ohne Sondergenehmigungen mit Produkten aus den USA beliefert werden. ICW wird vorgeworfen, Komponenten für die russische Drohnen-Produktion unter Umgehung von Sanktionen aus den USA und der EU nach Russland geliefert zu haben.

Zusammen mit ICW wurden 28 Unternehmen neu auf die US-Entity-List gesetzt. Die Mehrzahl stammt aus China, aber auch drei Unternehmen aus Finnland (Evelog Oy, Luminor Oy, Siberica Oy), sowie Unternehmen aus Pakistan und den Vereinigten Arabischen Emiraten sind darunter. Aus Russland wurden ebenfalls Unternehmen neu gelistet: Device Consulting, Grant Instrument, SMT-iLogic, Streloy, VSMPO-AVISMA Corporation PJSC

Hier die Erläuterung der Maßnahmen:

[2023-21080.pdf \(federalregister.gov\)](#)

-----

## Russisches LNG landet auch in Deutschland

Der derzeit größte LNG-Markt für Russland ist weiterhin die EU, berichtet die Tagesschau. Das Brüsseler Forschungsinstitut Bruegel analysiert täglich die Gaslieferungen. Demnach beziehe Deutschland noch vier Prozent seines Gases aus Russland.

Von Milliardenbeträgen aus der EU für russisches LNG auch in diesem Jahr gehe die Umweltorganisation Global Witness aus. Andreas Schröder, Marktanalyst bei ICIS, sagt: „Durch den Import von russischem Flüssigerdgas finanziert die EU indirekt natürlich auch einen Krieg Russlands mit.“ Zwar habe sich die Abhängigkeit von russischem Gas in Europa drastisch verringert, dennoch profitiere Russland weiterhin von teuer verkauftem LNG-Gas.

Juristisch sind diese Geschäfte nicht zu beanstanden, ergänzt die Tagesschau: Die EU-Staaten haben zwar früh in ihrem fünften Sanktionspaket Bauteile für russische LNG-Anlagen auf ihre Listen genommen. Auf das Gas, das aus diesen Anlagen kommt, wollen oder können sie jedoch nicht verzichten.

Die Bundesregierung betonte auf Tagesschau-Anfrage, bei LNG Verträgen „für die deutschen, staatlich finanzierten LNG Terminals“ hätten sich die beliefernden Unternehmen dazu verpflichtet, kein Flüssigerdgas aus Russland zu importieren. „Nach unseren Informationen“, so das Ministerium, werde diese Selbstverpflichtung auch eingehalten. Dort lande also „kein russisches LNG“ an.

Zu den LNG-Importen aus Russland via Belgien erklärte das Ministerium, man könne „keine Auskunft geben zu LNG Terminals in anderen Ländern und auch nicht zur Frage von Weitertransporten bei LNG aus diesen Häfen und damit auch nicht zur Frage, ob russisches LNG damit indirekt in Deutschland landet“. In diese „privatrechtlichen Vertragsgestaltungen“ habe die Bundesregierung „keinen Einblick“.

Der Berater Jan Haizmann, der seit Jahrzehnten in der Gasbranche arbeitet, geht davon aus, dass russisches Gas „für große Teile von Europa noch von erheblicher Bedeutung“ ist und auch für Deutschland“ für einige Jahre“ noch eine Rolle spielen wird.

[EU und Deutschland: Russisches Flüssigerdgas - weiter willkommen | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de/eu-deutschland-russisches-fluessigerdgas-weiter-willkommen)

### 3. Europäische Union

---

#### **Neue FAQ unter anderem zu Eisen- und Stahlerzeugnissen und Dual-use**

Am 30. September 2023 traten die von der EU und Großbritannien angekündigten Verbote für Eisen- und Stahlerzeugnisse aus Russland in Kraft. Damit wird die Einfuhr von Eisen- und Stahlerzeugnissen aus Drittländern verboten, die aus Russland stammen oder aus russischem Eisen und Stahl verarbeitet wurden. Die Unternehmen müssen dazu entsprechende Nachweise erbringen. Am 2. Oktober fügte die EU elf FAQ zum Einfuhrverbot hinzu. In den neuen FAQ wird erläutert, für welche Eisen- und Stahlerzeugnisse das Verbot gilt, ob das Verbot für vorübergehende Einfuhren gilt, wann das Verbot in Kraft tritt und welche Nachweise und Ursprungsnachweise vorzulegen sind.

[Frequently asked questions on the import, purchase & transfer of listed goods concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it \(europa.eu\)](#)

(Siehe insbesondere die Seiten 9-15 zu den Fragen des Verbots von Stahl- und Eisenerzeugnissen)

Außerdem aktualisierte die EU fünf häufig gestellte Fragen zu Gütern mit doppeltem Verwendungszweck, in denen erläutert wird, welche Situationen unter die Ausnahmen und Ausnahmeregelungen fallen, ob die Sanktionen für Ausfuhren gelten, die durch Russland durchgeführt werden, und wie die EU überprüft, dass Ausfuhren in Drittländer nicht nach Russland reexportiert werden.

[Export-related restrictions for dual-use goods and advanced technologies \(europa.eu\)](#)

Die konsolidierte Fassung der FAQ wurde aktualisiert, um diesen Änderungen Rechnung zu tragen.

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

-----

#### **Pläne für 12. Sanktionspaket werden konkreter**

Die EU dürfte in ihrem 12. Sanktionspaket gegen Russland den Import von russischen Diamanten verbieten, meldet die US-Nachrichtenagentur Bloomberg mit Verweis auf Insider. Damit würde sie sich den G7 anschließen (siehe nächste Meldung). Auch im Gespräch sei die Verwendung der Zinsgewinne auf die eingefrorenen russischen Zentralbankgelder zugunsten der Ukraine, so der Bericht. Außerdem dürfte die EU ihre Gangart gegen Drittstaaten verschärfen, über die sanktionierte Waren nach Russland gelangen.

Weniger wahrscheinlich seien Sanktionen gegen die russische Atombranche, die Polen und die baltischen Staaten fordern. Zu den weiteren Vorschlägen dieser Ländergruppe gehören



Maßnahmen gegen Importe von russischem Flüssigerdgas und gegen IT-Dienstleistungen russischer Unternehmen.

-----

### **Sanktionen gegen russische Diamanten stehen offenbar bevor**

Ein belgischer Beamter hat einem Bloomberg-Bericht zufolge angedeutet, dass die G7 sich in den kommenden Wochen auf ein Einfuhrverbot für russische Diamanten einigen werden. Das Verbot wird angeblich aus einem direkten Kaufverbot ab dem 1. Januar 2024 und einem indirekten Verbot bestehen, das schrittweise in Kraft treten soll.

Die G7 hatten bereits auf dem Hiroshima-Gipfel im Mai 2023 versprochen, „die Einnahmen Russlands aus dem Diamantenexport zu verringern“, während der britische Premierminister ankündigte, dass das Vereinigte Königreich noch in diesem Jahr ein Gesetz zum Verbot der Einfuhr von russischen Diamanten, Kupfer, Aluminium und Nickel einführen wolle.

[G-7 Plans Russian Diamond Imports Ban by Year-End, Belgium Says - BNN Bloomberg](#)

-----

### **Entwurf für Dual-Use-Liste veröffentlicht**

Am 15. September 2023 hat die Europäische Kommission einen Vorschlag für die Liste der kontrollierten Güter mit doppeltem Verwendungszweck für 2024 veröffentlicht. Das EU-Parlament und der Rat haben zwei Monate Zeit, um Änderungen vorzuschlagen, bevor die Liste in Kraft tritt.

[Register of Commission Documents - C\(2023\)6125 \(europa.eu\)](#)

-----

### **Experten fordern Verschärfung des Ölpreis-Deckels**

Angesichts des aktuellen Ölpreis-Anstiegs dürften seine Ölexporte Russland zusätzliche Einnahmen in die Kriegskasse spülen, dies berichtet unter anderem n-tv. Demnach erweist sich der von westlichen Staaten eingeführte Preisdeckel für russisches Öl von 60 Dollar pro Barrel zunehmend als löchrig.

Die russischen Rohöllieferungen sollen zuletzt stark gestiegen sein. Das berichtete am Wochenende die „Financial Times“ unter Berufung auf Daten des Analyseunternehmens Kpler. So seien fast 75 Prozent der Geschäfte im August ohne westliche Versicherung abgewickelt worden, wie eine Analyse der Verschiffungs- und Versicherungsunterlagen durch die Zeitung ergab. Im Frühjahr sollen es nur 50 Prozent gewesen sein. Durch die westlichen Versicherungen soll jedoch die Ölpreisobergrenze durchgesetzt werden.

Die Kyiv School of Economics schätzt nach eigenen Angaben, dass steigende Ölpreise, auch aufgrund der steigenden Weltmarktpreise, Russland in diesem Jahr 17 Milliarden Dollar



zusätzlich an Exporteinnahmen einbringen werden, im kommenden Jahr sogar 33 Milliarden. Russisches Öl wurde nach Untersuchungen des Instituts in den wichtigsten Exporthäfen des Landes zuletzt für mehr als 70 Dollar pro Barrel verkauft. Die Kiewer Ökonomen werfen westlichen Regierungen mangelnde Durchsetzung der Sanktionen vor.

Laut einer Analyse der International Working Group on Russian Sanctions der Stanford University zeigten die Sanktionen durchaus Wirkung. Die Verbündeten der Ukraine kaufen demnach kaum noch russisches Öl, und an andere Länder kann Russland sein Öl nur mit Preisabschlag verkaufen. Die Gruppe unabhängiger, internationaler Experten, die sich für möglichst effiziente Sanktionen gegen Russland einsetzt, schätzt, dass dem Land seit Kriegsbeginn zwischen 140 und 170 Milliarden Dollar an Öl- und Gaseinnahmen entgangen sind. In diesem Jahr verlor der Aggressor demnach die Hälfte seiner Haushaltseinnahmen aus dem Öl- und Gassektor - nach Rekordexporteinnahmen von 350 Milliarden Dollar aus dem Sektor im vergangenen Jahr.

Dennoch gelinge es Russland den Ölpreisdeckel zunehmend zu umgehen, mit Hilfe einer Schattenflotte aus alten, ausgemusterten Öltankern, die ohne westliche Versicherung und andere Dienstleistungen operiert. Bereits zu Jahresbeginn wurde die Zahl dieser Schiffe im Besitz von schwer zurückverfolgbaren Offshore-Firmen auf 600 geschätzt. Manche Tanker fälschen Medienrecherchen zufolge ihre Positionsdaten, um weiterhin westlichen Versicherungsschutz zu erhalten. Dass die Menge westlich versicherter Ölexporte aus Russland stark gesunken ist, dürfte aber teilweise auch auf eine gewisse Zurückhaltung von Versicherern und Reedereien aufgrund der Sanktionen zurückzuführen sein.

Um zu verhindern, dass Russland den Preisdeckel noch stärker umschifft, schlägt die International Working Group on Russian Sanctions die Aufstellung einer sogenannten weißen Liste vor: Nur noch ausgewählte Händler sollten Preisbescheinigungen für russische Ölladungen ausstellen dürfen. Außerdem wollen die Experten die russische Schattenflotte ausbremsen, indem alle Tanker, die ökologisch sensible Hoheitsgewässer der EU durchfahren, eine angemessene Ölunfallversicherung nachweisen müssen.

Den größten Erfolg verspricht sich die Gruppe von einer Senkung des Ölpreisdeckels - auf nur noch 30 Dollar pro Barrel. Je weniger russisches Öl die Preisgrenze des Westens erreicht, desto weniger hart würde eine Halbierung den Aggressor allerdings treffen. Laut einem Bericht des Kommersant hat Russland im September sein Erdöl der Sorte Urals für durchschnittlich 83,1 US-Dollar pro Barrel verkauft. Die Angabe stammt vom russischen Finanzministerium. Im August hatte der Preis noch 74 Dollar betragen. Der Preisabschlag für Urals gegenüber der Nordseesorte Brent verringerte sich von 12,2 auf 10,9 Dollar pro Barrel

[Schifffahrtsdaten ausgewertet: Russland umschifft den Ölpreisdeckel immer erfolgreicher - n-tv.de](https://www.n-tv.de)

[Russland: So stark verdient der Kreml trotz Sanktionen am Öl - DER SPIEGEL](https://www.der-spiegel.de)

[За первое полугодие 2023 года госдолг России вырос на 9,8% – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](https://www.kommersant.ru)

-----

## **Ukraine bittet Europa um härteres Vorgehen gegen Sanktionsbrecher**

Der ukrainische Präsidentenberater Wladislaw Wlasjuk sieht Verbesserungspotenzial bei der Durchsetzung der Russlandsanktionen. So müssten die G7-Staaten „dringend Schritte unternehmen, um den Preisdeckel für russisches Öl nachzuschärfen“, sagte Wlasjuk laut Spiegel-Online. Zudem komme Moskau noch immer zu leicht an Nachschub für seine Waffenbauer. Zwar habe die EU mit ihrem inzwischen elften Sanktionspaket die Grundlagen geschaffen, um Sanktionen auch gegen Firmen aus Drittstaaten zu verhängen, sofern diese bei der Umgehung der Russlandsanktionen hälften. Allerdings würden diese Regelungen noch zu selten angewendet. Die Europäer sollten „keine Angst davor haben, alle Instrumente des elften Sanktionspakets zu benutzen“, so Wlasjuk.

Wlasjuk ist Berater und Sanktionsbeauftragter des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Sein Team sammelt Hinweise über mögliche Sanktionsverstöße durch europäische Firmen und leitet diese an die Regierungen der betroffenen EU-Staaten weiter, darunter auch an die Bundesregierung. Zuletzt hatte es vermehrt Berichte über Löcher im Sanktionsregime gegeben. Unter anderem berichtete die „Zeit“, Werkzeugmaschinen des deutsch-japanischen Unternehmens DMG Mori fänden weiterhin den Weg zu russischen Waffenherstellern. Das Unternehmen widersprach laut dem Blatt der Darstellung in einer Stellungnahme. DMG Mori habe die Sanktionen „strikt eingehalten“.

Trotz der bekannt gewordenen Probleme seien die Sanktionen weiterhin sinnvoll, so Wlasjuk gegenüber Spiegel-Online. Sie müssten zwar besser durchgesetzt werden, leisteten aber bereits jetzt einen wichtigen Beitrag, um die Mittel für Russlands Kriegsführung zu begrenzen. Wlasjuk widerspricht auch ausdrücklich Äußerungen von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne). Von Baerbock war zuletzt das Zitat bekannt geworden, die Sanktionen hätten keine wirtschaftlichen Auswirkungen in Russland. „Dem stimme ich nicht zu“, sagte Wlasjuk. „Russland sieht sich mit zahlreichen Problemen konfrontiert aufgrund der Sanktionen.“

-----

## **EU-Gericht lehnt Sanktionsaufhebung im Fall Rashnikov ab**

In der Rechtssache T-305/22 Rashnikov/Rat wies das Gericht der EU den Antrag von Viktor Rashnikov auf Nichtigerklärung seiner Sanktionierung durch die EU zurück. Er wurde mit der Begründung in die Liste aufgenommen, dass er als Vorstandsvorsitzender der MMK Eisen- und Stahlwerke eine "führende russische Geschäftsperson ist, die in Wirtschaftsbereichen tätig ist, die eine wesentliche Einnahmequelle für die russische Regierung darstellen". Das Gericht befand, dass dieser Grund hinreichend klar sei und dass das Kriterium nicht diskriminierend/unverhältnismäßig sei.

„Führende Geschäftsleute, die in einem Wirtschaftszweig tätig sind, der eine wesentliche Einnahmequelle für den Staat darstellt“, bezieht sich dem Urteil zufolge auf die Bedeutung einer Person im Hinblick auf ihre berufliche Stellung, ihre wirtschaftlichen Tätigkeiten, ihre Funktionen, den Umfang ihrer Kapitalbeteiligung usw. Und die Wirtschaftszweige, in denen sie tätig sind, müssen eine wesentliche Einnahmequelle für den Staat darstellen (hier der

Metallurgiesektor). Der Rat brauchte keinen weiteren Zusammenhang mit der Regelung nachzuweisen. Bei einer erneuten Aufnahme in die Liste kann sich die EU auf die Beweise stützen, die die ursprüngliche Aufnahme in die Liste gerechtfertigt haben, muss aber prüfen, ob sich der Kontext und die Fakten geändert haben.

-----

### **Finnland verhängt Einreiseverbot für Autos mit russischen Kennzeichen**

Die finnischen Behörden haben nach Informationen des russischen Oppositionsmediums Meduza beschlossen, ein Einreiseverbot für Autos mit russischen Kennzeichen zu verhängen. Das von Außenministerin Elina Valtonen angekündigte Verbot trat demnach am 15. September um Mitternacht in Kraft. Ausgenommen sind EU-Bürger, die ihren ständigen Wohnsitz in Russland haben, sowie deren Familienangehörige.

Autos mit russischen Nummernschildern, die sich bereits in Finnland befinden, müssten das Land innerhalb von sechs Monaten, d. h. bis zum 16. März 2024, verlassen. Was mit den Autos geschieht, die nach dem 16. März in Finnland bleiben, sei noch nicht geklärt.

Am 8. September stellte die Europäische Kommission klar, wie die EU-Länder das Einfuhrverbot für sanktionierte Waren aus Russland, darunter Autos, persönliche Kleidung und Hygieneartikel, anwenden sollen. Die Europäische Kommission ergänzte später, dass sich die Zollbehörden auf die Einfuhr von Autos konzentrieren sollten, während das Verbot für andere Waren, einschließlich Kleidung, „auf verhältnismäßige und angemessene Weise“ angewendet werden sollte.

Auch Estland, Lettland und Litauen haben bereits die Einfuhr von Autos mit russischen Kennzeichen über ihre Grenzen verboten.

-----

### **Bulgarien schließt Grenze für russische Autos**

Nach mehreren anderen europäischen Staaten schließt nun auch Bulgarien seine Grenzen für in Russland zugelassene Autos. Dies berichtet die Deutsche Presseagentur. Das Verbot soll nach Angaben der bulgarischen Grenzpolizei am Montag in Kraft treten. Damit folgt das südöstliche EU-Land dem Beispiel Finnlands, der Baltenstaaten und Polens, die ihre Grenzen für in Russland zugelassene Fahrzeuge bereits dichtgemacht hatten. Das Verbot erfolgt im Einklang mit den Leitlinien der EU-Kommission als Reaktion auf Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine.

-----

### **Klage wegen wirtschaftlicher Folgen der Russland-Sanktionen**

Das niederländische Schiffbauunternehmen Damen Shipyards hat Informationen von Reuters zufolge die niederländische Regierung wegen Schäden verklagt, die es aufgrund der EU-Sanktionen gegen Russland erlitten haben will. Ein Unternehmenssprecher sagte, dass Damen eine Entschädigung für die durch die Sanktionen entgangenen Geschäfte

fordert, nachdem es eine Reihe von Lieferverträgen für Schiffe aus seinem Portfolio storniert hat. Damen reichte die Klage bereits im Mai beim Bezirksgericht in Rotterdam ein und wartet nun auf den weiteren Verlauf des Verfahrens.

[Shipbuilder Damen sues Dutch government over Russia sanctions | Reuters](#)

-----

### **Listen besonders kritischer Güter aktualisiert**

Die EU hat am 14.9. Ihre Liste der „High Priority Battlefield Items“ aktualisiert. Auch die Liste wirtschaftlich kritischer Güter wurde erneuert. Bei den aufgelisteten kriegswichtigen bzw. wirtschaftlich besonders bedeutsamen Gütern sollen Produzenten ihre Kunden besonders sorgfältig geprüft werden, um eine Sanktionsumgehung zu verhindern.

Hier die Listen:

[List of High Priority Battlefield Items \(Version of September 2023\) \(europa.eu\)](#)

[230912-list-economically-critical-goods\\_en.pdf \(europa.eu\)](#)

-----

### **Aktuelle Sanktionsübersicht zu Belarus**

Auf dieser Seite von Germany Trade & Invest finden Sie eine aktuelle Zusammenfassung der Belarus-Sanktionen.

[Sanktionen gegen natürliche und juristische Personen \(Listungen\) | Wirtschaftsumfeld | Belarus | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

-----

### **Aktuelle Sanktionsübersicht zu Russland**

Am 30. August erschien eine **neue Gesamtübersicht der Wirtschaftskammer Österreich zu allen Sanktionen der EU und der USA gegen Russland**, sowie der russischen Gegensanktionen mit Suchfunktion. Das über 600 Seiten starke Dokument wurde von der Wirtschaftskammer Österreichs erstellt und ist als Download verfügbar:

[Programm Inlandsveranstaltung ohne Titelblatt \(wko.at\)](#)

## 4. Russland

---

### **Freiwillige Zahlungen westlicher Unternehmen in Höhe von einer Milliarde Euro erwartet**

Die russische Regierung rechnet damit, dass der Haushalt im Jahr 2023 114,5 Milliarden Rubel (1,1 Milliarden Euro) in Form von „unentgeltlichen Einnahmen“ von ausländischen Unternehmen, von „unfreundlichen Ländern“, die russische Vermögenswerte verkaufen, erhalten wird. Dies geht laut dem russischen Wirtschaftsportal RBC aus den Erläuterungen zum Entwurf des föderalen Haushalts für 2024 und die Planungsperiode 2025-2026 hervor.

Es geht dabei um die so genannte freiwillige Provision, die Vertreter „unfreundlicher Länder“ beim Verkauf russischer Vermögenswerte zahlen sollen. Die Zahlung ist nicht obligatorisch, aber wie RBC anmerkt, ist es ohne sie unwahrscheinlich, dass eine spezielle Regierungskommission das Geschäft genehmigt.

Bis zum 22. September beliefen sich die unentgeltlichen Einnahmen für den föderalen Haushalt bereits auf 73,3 Milliarden Rubel.

Für das Jahr 2024 rechnet die Regierung mit einem starken Rückgang der Einnahmen aus „freiwilligen Provisionen“ auf nur noch 2,1 Milliarden Rubel (zwei Millionen Euro), und in den nächsten zwei Jahren werde es überhaupt keine Einnahmen mehr geben.

[Власти РФ рассчитывают получить более 100 миллиардов рублей в виде «добровольных комиссий» от продающих активы иностранных компаний — Meduza](#)

-----

### **Anstieg der Visagebühren für EU-Bürger in Russland**

Russland plant, die Visa für EU-Bürger zu verteuern. Anfang Oktober billigte die russische Regierung einen entsprechenden Vorschlag des Außenministeriums, schreibt die Wirtschaftszeitung RBC. Das Ministerium versteht die Maßnahme als spiegelbildliche Reaktion auf ähnliche Schritte der EU im vergangenen Jahr. Damit werden alle bisherigen Vergünstigungen für Bürger der EU, der Schweiz und Norwegens gestrichen. Zurzeit begrenzen Abkommen mit der EU die russischen Konsulargebühren auf 35 Euro bzw. 70 Euro für die Express-Erteilung. Die Preise dürften sich in Zukunft im Schnitt fast verdreifachen, schätzt das Außenministerium laut dem Bericht. Außerdem würde die Gebührenbefreiung für Verwandte und andere Gruppen entfallen. Touristenvisa dürften hingegen vermutlich nicht betroffen sein. Die Gebühr für das seit August erhältliche E-Visum beträgt laut dem Außenministerium 52 Euro

[Россия увеличит стоимость виз для граждан ЕС — РБК \(rbc.ru\)](#)

-----

## Russische Regierung plant Exportzölle

Russlands Regierung erwägt umfassende Exportzölle, deren Höhe sich am Rubelkurs orientieren soll. Das meldeten laut Angabe der AHK Moskau russische Medien wie der Kommersant und Iswestia mit Verweis auf Insiderinformationen. So sei ab einem Kurs von 80 Rubel pro US-Dollar ein Zoll von 4 Prozent angedacht, der sich bis 95 Rubel pro Dollar stufenweise auf 5,5 Prozent erhöhen und darüber hinaus 7 Prozent betragen soll. Betroffen wäre ein Großteil der russischen Exporte jenseits von Öl und Gas, insbesondere Metalle, Kohle, Dünger, Edelsteine und Fische. Ausgenommen blieben z. B. Getreide und andere Güter, deren Ausfuhr bereits besteuert wird, sowie Hightech-Produkte wie Mikrochips und Maschinen.

Die Ministerien für Finanzen und für Wirtschaft wollen mit der Maßnahme Exportgewinne abschöpfen, so die Berichte. Vor allem aber solle so ein Teil der Exporte auf den Binnenmarkt umgelenkt werden, was den Preisanstieg in Russland bremsen sollte.

[Власти РФ хотят ввести экспортные пошлины почти на все товары, кроме продукции машиностроения \(kommersant.ru\)](https://kommersant.ru)

## Kreml blockiert 18 Mrd. Dollar, die westliche Unternehmen in Russland verdienen

Die russischen Behörden haben 18 Milliarden Dollar blockiert, die westliche Unternehmen im Jahr 2022 in Russland verdient haben. Dies berichtet die Financial Times unter Berufung auf Daten der Kiewer Hochschule für Wirtschaft (KSE).

Einzelheiten. Nach Angaben der KSE wurde der größte Gesamtgewinn von 4,9 Milliarden Dollar von amerikanischen Unternehmen erzielt. Es folgen deutsche (2,4 Milliarden), österreichische (1,9 Milliarden) und Schweizer Unternehmen (1 Milliarde).

Die österreichische Bank Raiffeisen verzeichnete den Forschern zufolge im Jahr 2022 den höchsten Gewinn von 2 Milliarden Dollar. Die amerikanischen Unternehmen Philip Morris und PepsiCo verdienen 775 Millionen bzw. 718 Millionen Dollar. Der schwedische Lkw-Hersteller Scania machte in Russland einen Gewinn von 621 Millionen Dollar und war damit das profitabelste Unternehmen unter denjenigen, die das Land nach Kriegsbeginn verlassen haben (Scania kündigte seinen Rückzug aus Russland im September 2022 an).

Laut Andriy Onoprienko, dem stellvertretenden Direktor der Kyiv School of Economics, ist die Höhe der Gewinne nach 2022 deutlich gestiegen, aber es ist unmöglich, genau zu schätzen, wie viel.

In der Publikation wird darauf hingewiesen, dass die Gewinne westlicher Unternehmen - von BP bis Citigroup - in Russland blockiert wurden, nachdem 2022 ein Verbot von Dividendenzahlungen an Unternehmen aus "unfreundlichen" Ländern eingeführt worden war. Solche Transaktionen können in Ausnahmefällen genehmigt werden, aber nur wenige solcher Genehmigungen wurden erteilt, so die Zeitung.

„Dutzende von Milliarden Dollar stecken in Russland fest. Und es gibt keine Möglichkeit, sie herauszuholen“, sagte ein leitender Angestellter eines großen Unternehmens mit Sitz in einem Land, das in Russland nicht als "unfreundlich" gilt, der FT.

Der FT zufolge ist es einigen Unternehmen dennoch gelungen, einige Gelder aus Russland abziehen. Die russische Tochtergesellschaft des US-Konzerns Mars hat Berichten zufolge im Jahr 2022 56,1 Prozent der Dividenden ihrer Muttergesellschaft gezahlt und diese mit ihren Schulden verrechnet".

Die russische Einheit von Japan Tobacco International, dem einzigen großen Tabakunternehmen, das Russland nicht verlassen hat, zahlte 180 Millionen Dollar an seinen einzigen Aktionär, JTI Deutschland, wovon 20 Prozent bereits nach dem Einmarsch in der Ukraine ausgeschüttet wurden. Das Unternehmen erklärte gegenüber der FT, dass es die Zahlung aus den Gewinnen des Jahres 2021 geleistet habe.

Eine Quelle, die mit dem Auszug von Unternehmen aus Russland befasst ist, erklärte der Zeitung, dass die russischen Behörden die Erlaubnis zur Ausschüttung von Dividenden als Anreiz für "gutes Verhalten" nutzen, wozu auch die Bereitschaft der Unternehmen gehört, in Russland zu bleiben.

-----

### **China verzögert Zulieferungen von Drohnenkomponenten nach Russland**

Die russische Zeitung Kommersant will erfahren haben, dass chinesische Beschränkungen die Produktion von Drohnen in Russland ernsthaft erschwert und zu einem Mangel an einer Reihe von Komponenten, wie z.B. Wärmebildkameras, geführt haben. Große russische Drohnenhersteller hätten demnach erhebliche Lagerbestände angelegt und hoffen, dass ihre Zulieferer in China in der Lage sein werden, Lizenzen für den Export nach Russland zu erhalten. Das Verfahren dafür könne aber bis zu einem Jahr dauern. Zu diesem Zweck muss nachgewiesen werden, dass die Drohne nicht für militärische Zwecke verwendet wird. Die Verkäufer chinesischer Drohnen in Russland versuchten, Parallelimporte zu etablieren. Einige beklagten jedoch, dass Kasachstan das Einfuhrverfahren kürzlich verschärft hat.

[Введенные Китаем ограничения на экспорт дронов серьезно осложнили их поставки в Россию \(kommersant.ru\)](https://kommersant.ru)

-----

### **Russland verbietet Ausfuhr von Benzin und Diesel**

Russland hat die Ausfuhr von Benzin und Diesel in alle Länder mit Ausnahme der Mitglieder der Eurasischen Wirtschaftsunion (Belarus, Kasachstan, Armenien und Kirgisistan) verboten. Der Pressemitteilung der Regierung zufolge ist das Verbot vorübergehend und soll die Kraftstoffpreise auf dem Inlandsmarkt stabilisieren. Nicht betroffen von dem Verbot sind die Rohöl-Ausfuhren.

[Новости - Правительство России \(government.ru\)](https://government.ru)



---

## **Hyundai verkauft Werk in St. Petersburg**

Der südkoreanische Autobauer Hyundai verkauft sein Werk in St. Petersburg an ein russisches Unternehmen, dies teilte laut Medienberichten der russische Vize-Premierminister Denis Manturow mit. Spekuliert wird über einen Käufer aus Kasachstan. Laut Manturow wolle Hyundai sich ein Rückkaufrecht für sein Russlandgeschäft sichern. Hingegen hat der schwedische Produzent Volvo bei seinem Werksverkauf in Kaluga an einen russischen Investor im Herbst 2022 offenbar auf ein Rückkaufsrecht verzichtet, wie ebenfalls Manturow mitteilte.

[Hyundai продаст завод в Петербурге российской компании с правом обратного выкупа | Forbes.ru](#)

## 5. USA

---

### Starke Ausweitung der US-Sanktionsliste

Am 14. September verhängte das Office of Foreign Assets Control (OFAC) des US-Finanzministeriums fast 100 Sanktionen gegen russische Eliten und die russische Industrie, Finanzinstitute und Technologielieferanten. Damit setzen die Vereinigten Staaten nach eigenen Angaben ihre Sanktionen und wirtschaftlichen Beschränkungen fort, um Russlands Fähigkeit zu untergraben, seinen Krieg gegen die Ukraine zu führen.

Zu den gelisteten Personen und Unternehmen gehören beispielsweise der russische Oligarch Andrei Removich Bokarev und seine Frau und der großen russischen Schienenfahrzeughersteller Transmashholding JSC. Bokarevs Geschäftspartner und Mitunternehmer Iskandar Kakhramonovich Makhmudov und Makhmudovs Sohn Dzhakhangir Iskandarovich Makhmudov. Neu gelistet wurden auch das Weltraumunternehmen Aero Engine Scientific and Technical Complex Soyuz, das unter anderem Motoren für Marschflugkörper und militärische Transportflugzeuge baut. Ebenfalls gelistet wurde Balashikhinskiy Liteyno Mekhanicheskiy Zavod, das in der Herstellung, Entwicklung, Produktion, Prüfung und Reparatur von Luftfahrtausrüstung tätig ist. Auf der Liste stehen auch die Fahrzeughersteller Avtovaz, Moscow Automotive Factory Moskvich und Gaz Group, die HMS Group (Industriepumpen und Kompressoren), die Kirovsky Zavod Public Joint Stock Company (Maschinen und Stahlerzeugnisse), Kriogenmash OAO (Anlagen für die Erzeugung, Verarbeitung, den Transport und die Lagerung von Industriegasen), JSC Power Machines (Turbinen und elektrische Ausrüstung).

Auch zwei türkische Unternehmen, die an Sanktionsumgehung beteiligt sein sollen, wurden neu sanktioniert.

Mitteilung über die Maßnahme:

[With Wide-Ranging New Sanctions, Treasury Targets Russian Military-Linked Elites and Industrial Base | U.S. Department of the Treasury](#)

Alle neuen Namen und Unternehmen, sowie zwei neue General Licenses zur Abwicklung von Geschäftsbeziehungen:

[Russia-related Designations, Designations Updates, and Designations Removals; Issuance of Russia-related General Licenses | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

Darüber hinaus hat das Außenministerium mehr als 70 Personen und Einrichtungen gemäß der Executive Order (E.O.) 14024 gelistet. Darunter sind 37 Einrichtungen, die am Ausbau der russischen Energieproduktion und der künftigen Exportkapazitäten beteiligt sein sollen, und zwei dazugehörige Schiffe. Die Sanktionen betreffen auch das russische Flüssigerdgasprojekt Arctic LNG 2, sowie Einrichtungen, die an der Beschaffung von Materialien und fortschrittlicher Technologie für künftige Energieprojekte beteiligt sind.

Im Zusammenhang mit LNG wurde auch ein Unternehmen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten neu gelistet, im Zusammenhang mit der Umgehung der Sanktionen im Hochtechnologie-Bereich traf es auch ein finnisches Unternehmen.

Sanktioniert werden zudem zahlreiche Rüstungsunternehmen, die Reparatur- und Wartungsdienstleistungen für den russischen Rüstungssektor erbringen. Das Ministerium sanktioniert auch zwei in der Türkei ansässige Einrichtungen gemäß Abschnitt 1(a)(vi)(B), weil sie Personen, deren Eigentum und Beteiligungen an Eigentum gemäß E.O. 14024 blockiert sind, materiell unterstützt, gesponsert oder finanzielle, materielle oder technologische Unterstützung für sie bereitgestellt oder Waren oder Dienstleistungen für sie bereitgestellt haben oder sie unterstützen.

Neu sanktioniert wurde auch Pavel Pavlovich Shevelin, eine mit der paramilitärischen Wagner-Gruppe verbundene Person, die an der Erleichterung des Transports von Munition aus der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) in die Russische Föderation beteiligt war.

Infolge der Maßnahme werden alle Vermögensgegenstände und Beteiligungen an Vermögensgegenständen der oben genannten Personen, die sich in den Vereinigten Staaten befinden oder im Besitz oder unter der Kontrolle von US-Personen sind, blockiert und müssen dem Office of Foreign Assets Control (OFAC) des Finanzministeriums gemeldet werden. Darüber hinaus sind auch alle natürlichen oder juristischen Personen gesperrt, die entweder direkt oder indirekt zu 50 Prozent oder mehr im Besitz einer oder mehrerer gesperrter Personen sind. Alle Transaktionen von US-Personen oder innerhalb der Vereinigten Staaten (oder im Transit durch die Vereinigten Staaten), die Eigentum oder Beteiligungen an Eigentum von bezeichneten oder anderweitig gesperrten Personen betreffen, sind verboten, es sei denn, sie sind durch eine allgemeine oder spezifische Lizenz des OFAC genehmigt oder von der Genehmigung ausgenommen. Zu diesen Verboten gehört die Leistung von Beiträgen oder die Bereitstellung von Geldern, Gütern oder Dienstleistungen durch, an oder zu Gunsten von gesperrten Personen sowie die Entgegennahme von Beiträgen oder die Bereitstellung von Geldern, Gütern oder Dienstleistungen von solchen Personen.

Hier die Mitteilung des Außenministeriums:

[Imposing Further Sanctions in Response to Russia's Illegal War Against Ukraine - United States Department of State](#)

[Federal Register :: Blocking Property With Respect To Specified Harmful Foreign Activities of the Government of the Russian Federation](#)

Bericht von AP:

[New US sanctions target workarounds that let Russia get Western tech for war | AP News](#)

-----

### **Zwei Personen von Sanktionsliste gestrichen**

Das OFAC hat Natalya Andreevna Alymova, die mit der russischen Sberbank in Verbindung stand, und Paul Goldfinch, der mit der Bank Otkritie in Verbindung stand, von der Liste der

Russland-Sanktionen gestrichen. Natalya Alymova verließ demnach die Sberbank im Mai 2022, kurz nachdem sie vom OFAC sanktioniert worden war.

Paul Goldfinch hatte am 17. Juli 2023 eine Klage gegen das US-Finanzministerium eingereicht und erklärt, er sei unmittelbar nach der Sanktionierung der Bank Otkritie im Februar 2022 zurückgetreten.

[Russia-related Designations, Designations Updates, and Designations Removals; Issuance of Russia-related General Licenses | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

-----

## **USA-Handel mit Russland sinkt stark**

Der russisch-amerikanische Handelsumsatz belief sich im Juli 2023, dem letzten verfügbaren Monat, auf insgesamt 277,3 Millionen US-Dollar und ist damit gegenüber Februar 2022 um das 11-fache gesunken, wie aus einer Analyse der russischen Nachrichten-Website „RBC“ hervorgeht. Der Warenhandel für den Monat Juli war der niedrigste seit mindestens Anfang der 2000er Jahre, als erstmals monatliche Daten veröffentlicht wurden. Russische Exporte in Höhe von 241,7 Millionen Dollar machten fast 90 Prozent des Umsatzes aus, während die US-Ausfuhren auf 35,6 Millionen Dollar zurückgingen.

Die Handelsdaten für den Zeitraum Januar bis Juli zeigen, dass von den Waren im Wert von 3 Milliarden Dollar, die in die USA verkauft wurden, 2,5 Milliarden Dollar auf Kernbrennstoffe, Düngemittel und Metalle der Platingruppe entfielen, so RBC. Es wurde nicht angegeben, welche Art von Waren die USA weiterhin nach Russland exportieren. Die USA haben die „normalen“ Handelsbeziehungen mit Russland im vergangenen Frühjahr beendet, als der amerikanische Präsident Joe Biden hohe Zölle auf russische Importe einführte. Washington hat gegen Russland wegen seiner umfassenden Invasion in der Ukraine weitreichende Sanktionen verhängt, darunter ein Einfuhrverbot für russisches Öl, Diamanten und Meeresfrüchte.

-----

## **Liste der „Güter mit hoher Priorität“ aktualisiert**

Das BIS der USA und die FCDO des Vereinigten Königreichs haben in Abstimmung mit der EU und Japan ebenfalls ihre Listen der kontrollierten „gemeinsamen Gütern mit hoher Priorität“ (die als kritisch für Russlands Kriegsanstrengungen eingestuft werden) aktualisiert.

Es wurden sieben neuen Produktcodes hinzugefügt, darunter Lager, die für schwere Fahrzeuge oder andere Maschinen benötigt werden, und Antennen für Navigationssysteme. Die Liste mit mechanischen und nicht-mechanischen Waren wurde neu unterteilt, um mehr Klarheit zu schaffen.

Hier die Dokumente:

[file \(doc.gov\)](#)

[Russia Export Controls – List of Common High-Priority Items \(doc.gov\)](#)

[Russia Sanctions – Common High Priority Items List - GOV.UK \(www.gov.uk\)](#)

Best practice guidance des BIS zum Thema:

[Microsoft Word - best practice -- customer certification v4.docx](#)

[file \(doc.gov\)](#)

-----

## **Verfahren wegen Sanktionsverstößen**

John Can Unsalan, US-amerikanischer Präsident von Metalhouse LLC, hat sich diese Woche schuldig bekannt, an einer Verschwörung zur Geldwäsche beteiligt gewesen zu sein, um Verstöße gegen US-Sanktionen zu fördern, indem er Transaktionen zum Erwerb von Metallprodukten im Wert von über 150 Millionen US-Dollar von Unternehmen im Besitz des ukrainischen Geschäftsmanns Sergey Kurchenko durchführte. Unsalan hat außerdem 160 Millionen Dollar an Erträgen, die er im Rahmen der Verschwörung erzielt hat, eingebüßt.

Am 13. September 2023 bekannte sich auch der in Miami ansässige belarussische Mitverschwörer Sergej Karpuschkin schuldig und erklärte sich bereit, über 4,7 Millionen Dollar an kriminellen Erträgen zu zahlen.

[Office of Public Affairs | President of Metalhouse LLC Pleads Guilty to Conspiracy to Launder Over \\$150 Million to Promote Russian Sanctions Violations | United States Department of Justice](#)

[Office of Public Affairs | Miami-Based Businessman Pleads Guilty to Conspiracy to Violate Russia-Ukraine Sanctions and to Commit International Money Laundering | United States Department of Justice](#)

-----

## **Tokyo erhält US-Erlaubnis für Ölimporte**

Japan hat nach eigenen Angaben von den USA die Erlaubnis erhalten, weiterhin russisches Rohöl zu einem Preis zu importieren, der über der von anderen US-Verbündeten eingehaltenen Obergrenze von 60 US-Dollar pro Barrel liegt, schreibt Ostinsider Daily. Die für Japan gewährte Ausnahmeregelung gilt demnach bis zum 28. Juni 2024, nachdem sie zuvor bis Ende September 2023 befristet gewesen war. Sie gilt für Ölexporte nach Japan aus dem Projekt Sachalin-2 im Fernen Osten Russlands, in das japanische Handelsunternehmen investiert haben. Japanische Beamte haben erklärt, dass das Land eine kleine Menge an Sachalin-2-Öl importieren muss, das zusammen mit viel größeren Mengen an Erdgas gefördert wird. Russisches Flüssigerdgas macht fast 10% der gesamten LNG-Einfuhren Japans im Rahmen langfristiger Verträge aus.

## 6. Sanktionen weiterer Länder

---

### Großbritannien

#### Eisen- und Stahlerzeugnissen – Anwendung des neuen Verbots

Die Confederation of British Metalforming fordert die Unternehmen dringend auf, sich mit der Gesetzgebung zum Verbot der Einfuhr russischer Eisen- und Stahlerzeugnisse zu befassen (siehe Kapitel EU). Dieses Verbot werde nach Ansicht der Confederation in der EU unterschiedlich streng angewandt werden (Deutschland wolle einen pragmatischen Ansatz verfolgen, während Belgien und Frankreich angedeutet hätten, dass sie bei den geforderten Nachweisen einen strengeren Ansatz verfolgen werden).

Das britische Ministerium für Wirtschaft und Handel und das Ministerium für internationalen Handel haben einen Leitfaden zu den Maßnahmen veröffentlicht, in dem Beispiele dafür aufgeführt sind, was verboten werden würde und was nicht:

Ein Beispiel:

Stahlknüppel (HS 7207) russischen Ursprungs werden aus Russland ausgeführt und gelangen in das Land X. Dort werden sie in Stahlstangen (HS 7215) umgewandelt, so dass sie nun den Ursprung des Landes X haben. Diese kommen in Land Y, wo sie zu Stahldraht (HS 7223) verarbeitet werden, bevor sie in die EU oder Großbritannien eingeführt werden. Dies wäre verboten.

[Guidance on third country processed iron and steel measures - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/guidance/on-third-country-processed-iron-and-steel-measures)

-----

#### Verbot der Wagner-Gruppe

Am 15. September 2023 wurde die Wagner-Gruppe in Großbritannien gemäß dem Terrorismusgesetz 2000 als terroristische Vereinigung verboten. Das Verbot einer Organisation nach dem Terrorismusgesetz 2000 stellt unter Strafe:

- der Organisation anzugehören;
- zur Unterstützung der Organisation aufzurufen
- eine Meinung oder Überzeugung zu äußern, die die Organisation unterstützt
- eine Versammlung zu veranstalten oder eine Rede zu halten, die die Aktivitäten der Organisation fördert
- die Kleidung der Organisation zu tragen
- ein Bild der Kleidung oder einen anderen Artikel der Organisation zu veröffentlichen.

[Wagner Group proscribed - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/guidance/wagner-group-proscribed)

-----

## Erleichterungen für Divestment in Russland

Das Vereinigte Königreich hat seine Russland-Leitlinien aktualisiert, um zusätzliche Genehmigungsgründe für die Desinvestition aus Russland aufzunehmen.

Eine Lizenz kann für die unten aufgeführten Tätigkeiten erteilt werden, wenn die Tätigkeit für die Zwecke der Desinvestition aus Russland erforderlich ist:

- die Bereitstellung oder der Transfer von Erdölraffineriegütern und -technologien, energiebezogenen Gütern, Luxusgütern, Flugzeugtreibstoff, Gütern, die von den G7-Staaten abhängig sind, und gefährdeten Gütern Russlands zur Verwendung in Russland oder an eine mit Russland verbundene Person

- die Bereitstellung von technischer Hilfe, Vermittlungsdiensten, Finanzdienstleistungen oder Geldern im Zusammenhang mit den oben genannten Gütern.

[Russia sanctions: guidance - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/guidance/russia-sanctions)

Zudem gibt es eine neue General Licence für Korrespondenzbanken:

[Correspondent Banking General Licence.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](https://publishing.service.gov.uk/guidance/correspondent-banking-general-licence)

-----

## Sanktionen in Zusammenhang mit Wahlen in besetzten Gebieten

Am 29. September hat das Vereinigte Königreich als Reaktion auf Russlands Versuche, seine illegale Kontrolle über die Krim, Luhansk, Cherson, Saporischschja und Donezk mit Hilfe von Scheinwahlen zu legitimieren, folgende Organisation und zehn Personen sanktioniert:

Oleg Georgevich, Igor Olegovich Babkin, Andrei Anatolievich Aleksyenko, Viktor Andriyovych Emelyanenko, Vladimir Vladimirovich Yezhikov, Beamte der von Russland installierten Regierungen auf der Krim, in Luhansk, Kherson, Zaporizhzhia und Donetsk; die Zentrale Wahlkommission (ZWK) Russlands, eine Regierungsbehörde, die die Wahlen und die Referenden im vergangenen Jahr in den von Russland kontrollierten Teilen der Ukraine organisiert hat, sowie die ZWK-Beamten Natalja Budarina und Alexander Gennadiewitsch Sidjakin;

Marina Jurjewna und Galina Anatoljewna Katjuschenko, Beamte der regionalen Wahlkommission

Alexander Vyacheslavovich Kurenkov, russischer Minister für Notfälle und Generalleutnant der russischen Streitkräfte.

[UK announces new sanctions in response to Russian sham elections in Ukraine - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/uk-announces-new-sanctions-in-response-to-russian-sham-elections-in-ukraine)

-----



## Japan

### Japan schließt Kanal für Gebrauchtwagenverkäufe

Japan hat einen lukrativen Kanal für Gebrauchtwagenexporte nach Russland abgeschnitten, berichtete „Reuters“ unter Berufung auf Handelsdaten und Marktteilnehmer, wie die „Moscow Times“ schreibt. Japan, der weltweit führende Gebrauchtwagenexporteur, hatte nach dem Einmarsch Moskaus in die Ukraine im vergangenen Jahr zunächst die Ausfuhr von Luxusfahrzeugen und schweren Lastwagen nach Russland verboten. Im August weitete Tokio das Verbot auf Neu- und Gebrauchtwagen mit Benzin- und Dieselmotoren über 1,9 l Hubraum sowie auf Hybrid- und Elektrofahrzeuge aus und folgte damit den EU-Sanktionen. Das neue Verbot ließ die Preise für Gebrauchtwagen in Japan sinken und zwang Makler, sich nach anderen Zielen als Russland umzusehen, so „Reuters“. Vor der Einführung der Sanktionen entfiel mehr als die Hälfte der 303.000 Gebrauchtwagen, die zwischen Januar und August dieses Jahres nach Russland exportiert wurden, nach Angaben der russischen Analyseagentur Autostat auf Japan.

„Reuters“ schätzt, dass die japanischen Gebrauchtwagenverkäufe auf dem besten Weg waren, im Jahr 2023 einen Wert von 1,9 Mrd US-Dollar zu erreichen, bevor der russische Rückkanal ausgesetzt wurde. SV Alliance, ein Gebrauchtwagenexportunternehmen, dessen Gewinne nach der Invasion in der Ukraine boomten, erklärte gegenüber „Reuters“, es habe nach dem Verbot einen Rückgang der Geschäfte um 70 Prozent verzeichnet.

Die russische Nachfrage nach japanischen Gebrauchtwagen, darunter Toyota, Honda und Nissan, stieg sprunghaft an, nachdem die globalen Autohersteller nach dem Ausbruch des Krieges im Februar 2023 ihre Aktivitäten in Russland eingestellt hatten.

-----

## Kanada

### Neue Russland-Sanktionen

Kanada hat neue Sanktionen gegen Russland angekündigt. Nach Angaben des kanadischen Außenministeriums wurden 42 natürliche und 21 juristische Personen mit Beschränkungen belegt. Nach Angaben des Ministeriums sind die Sanktionen am 20. September in Kraft getreten.

Zu den Organisationen, gegen die die kanadischen Behörden Sanktionen verhängt haben, gehören: das Moskauer Staatliche Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO), die Higher School of Economics (HSE), die Russische Geographische Gesellschaft und der Valdai Discussion Club, bei dessen Treffen der russische Präsident Wladimir Putin spricht.

Darüber hinaus wurden Sanktionen gegen Unarmiya, die Junge Garde von Einiges Russland und die Bewegung des Ersten sowie die Publikationen Vzglyad und Komsomolskaya Pravda verhängt.

Auf der Liste der Personen, gegen die Kanada Sanktionen verhängt hat, stehen u.a. der Rektor des MGIMO, Anatoli Torkunow, der Minister für Arbeit und sozialen Schutz, Anton Kotjakow, und der Leiter von Rossotrudnitschestwo, Jewgeni Primakow.

Es geht zudem um Personen, die an der Verbringung und Verwahrung ukrainischer Kinder beteiligt sind, sowie Personen, die an der Verbreitung von Desinformation und Propaganda beteiligt sind. Weitere Maßnahmen betreffen Unternehmen aus dem russischen Nuklearsektor.

[Regulations Amending the Special Economic Measures \(Russia\) Regulations \(international.gc.ca\)](https://international.gc.ca)

[Canada reaffirms our unwavering support for Ukraine for as long as it takes | Prime Minister of Canada \(pm.gc.ca\)](https://pm.gc.ca)

## Schweiz

### Neue Auslegungshilfe für Sanktionen bei Eisen und Stahl

Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement hat die Auslegungshilfe für (Russland-)Sanktionsmaßnahmen aktualisiert. Sie enthält weitere Hinweise zur Auslegung von Artikel 14a, der Eisen- und Stahlerzeugnisse und wirtschaftlich bedeutende Güter betrifft.

Erläutert wird, wann der Kauf und die Beförderung (und die Erbringung damit verbundener Dienstleistungen, z. B. finanzieller Art) solcher Güter zulässig ist und wann nicht; und was als ausreichender Nachweis für das Ursprungsland gilt und in welchen Fällen ein solcher Nachweis erforderlich ist.

[Auslegungshilfe für Sanktionsmassnahmen DE.pdf](#)

Am 2. Oktober hat die Schweiz einen Leitfaden herausgegeben, in dem die Dokumente aufgeführt sind, die als ausreichender „Ursprungsnachweis“ für Eisen- und Stahlerzeugnisse gelten, und in dem erläutert wird, in welchen Fällen dieser Nachweis erforderlich ist.

Als ausreichende Dokumente werden Werksprüfzeugnisse, Rechnungen, Lieferscheine, Qualitätszertifikate, Langzeitlieferantenerklärungen, Kalkulations- und Produktionsunterlagen, Zolldokumente des Ausfuhrlandes, Handelskorrespondenz, Produktbeschreibungen und Ausschlussklauseln genannt.

Bei der Einfuhr oder Beförderung von Stahlerzeugnissen aus der EU oder dem Vereinigten Königreich sowie bei der Wiedereinfuhr von Stahlerzeugnissen, die sich bereits im freien Verkehr in der Schweiz befunden haben, sind keine Nachweise erforderlich.

[Sanctions: Ordinance imposing Measures connected with the Situation in Ukraine \(admin.ch\)](#)

---

## Zahlungen von gesperrten Konten

Die Schweiz hat eine Vorlage für Anträge auf Genehmigung von Zahlungen von gesperrten Konten gemäß Artikel 15 Absatz 5 der russisch-ukrainischen Verordnung veröffentlicht.

[Massnahmen im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine \(admin.ch\)](#)

(Die Vorlage befindet sich am Ende dieser Seite).

---

## Ukraine

### Ukraine streicht ungarische Bank OTP von der Liste der „Kriegssponsoren“

Die ukrainische Nationale Agentur für Korruptionsprävention (NACP) hat die ungarische Bank OTP von ihrer Liste der „Kriegssponsoren“ gestrichen, wie der Pressedienst der Agentur laut dem Nachrichtenportal Meduza mitteilte.

„Während der Gespräche, die in den letzten Tagen rund um die Uhr unter Beteiligung des Auswärtigen Dienstes der EU stattfanden, machte die OTP Bank eine Reihe von Zusagen bezüglich ihrer zukünftigen Pläne für den russischen Markt“, heißt es in der Pressemitteilung.

Am 29. September setzte die NACP den „War Sponsor“-Status der Bank aus, aber die ungarischen Behörden stellten fest, dass dies nicht ausreichen würde, um 500 Millionen Euro (524 Millionen Dollar) an EU-Geldern für die Ukraine freizugeben, und forderten, dass die OTP vollständig von der Liste gestrichen wird.

Das NACP hatte die OTP im Mai 2023 in seine Liste der „Kriegssponsoren“ aufgenommen. Die Entscheidung wurde damit begründet, dass die OTP weiterhin in Russland präsent ist und zu den führenden Banken auf dem russischen Finanzmarkt gehört. Die Bank gewährt auch dem russischen Militär günstige Kreditkonditionen.

## 7. Blick über den Tellerrand

---

### **Iranische Drohnen für Russland enthalten westliche Komponenten**

In Drohnen aus iranischer Produktion, die vom russischen Militär für Angriffe auf die Ukraine eingesetzt wurden, wurden europäische Komponenten gefunden. Dies berichtet The Guardian unter Berufung auf ein geheimes Dokument, das Kiew den G7-Staaten im August zur Verfügung gestellt hat.

In dem Dokument heißt es, dass ukrainische Städte in den letzten drei Monaten mehr als 600 Mal von Drohnen angegriffen wurden, die mit europäischen Komponenten hergestellt wurden. Die Drohne Shahed-131 enthielt 52 von westlichen Unternehmen hergestellte Komponenten, die Drohne Shahed-136 sogar 57.

Nach Angaben der ukrainischen Behörden gehörten zu den Herstellern der Komponenten:

- die deutschen Unternehmen Ti Automotive GmbH und International Rectifier
- die Schweizer Unternehmen STMicroelectronics und U-blox
- das niederländische Unternehmen NXP Semiconductor

Der Guardian stellt fest, dass das Dokument keine Vorschläge enthält, wie europäische Unternehmen verhindern können, dass ihre Produkte für militärische Zwecke verwendet werden. In dem Dokument heißt es: „Die iranische UAV-Produktion (unbemannte Luftfahrzeuge) hat sich angepasst und verwendet größtenteils verfügbare kommerzielle Komponenten, deren Lieferung schlecht oder gar nicht kontrolliert wird“.

Die Autoren des Dokuments schreiben, dass die europäischen Komponenten über ein Drittland wie die Türkei, Indien, Kasachstan, Usbekistan, Vietnam und Costa Rica in den Iran gelangen. Die Unternehmen selbst verurteilten die Verwendung ihrer Produkte für militärische Zwecke und betonten, dass sie alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um dies zu verhindern.

[Revealed: Europe's role in the making of Russia killer drones | Ukraine | The Guardian](#)

-----

### **EU plant Schutzmaßnahmen gegen chinesische Windindustrie**

Laut einem Bericht des Handelsblatts bedroht die Expansion chinesischer Turbinenhersteller bereits angeschlagene europäische Windindustrie. Der chinesische Maschinenbauer Sany will demnach gleich sechs seiner europäischen Standorte für den Bau von Windanlagen aufrüsten. Der Turbinenhersteller Envision baue in Spanien seine Europazentrale. Auch der chinesische Staatskonzern CRRC befinde sich auf Kundenfang. Die EU-Kommission bereite deshalb nun ein Hilfsprogramm für die heimische Windbranche vor. Neben Unterstützung durch die Europäische Investitionsbank und schnelleren Genehmigungsverfahren will die Behörde die Mitgliedstaaten dazu drängen, bei Auktionen für Windparks nicht nur auf den Preis zu achten, sondern auch auf das Prinzip der „Wirtschaftssicherheit“.

[Windkraft: Chinesische Windkonzerne planen erste Fabriken in Europa \(handelsblatt.com\)](#)

## 8. Termine

---

### **24. Oktober 2023: 6. Deutsch-Ukrainisches Wirtschaftsforum in Berlin**

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK), der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA) und die der Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer (AHK Ukraine) organisieren gemeinsam mit ukrainischen Partnerorganisationen am 24. Oktober 2023 das 6. Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum. Das Forum findet voraussichtlich ab 10:00 Uhr bis ca. 17:00 Uhr MESZ im Haus der Deutschen Wirtschaft; Breite Str. 29, 10178 Berlin, statt.

Deutsche und ukrainische Unternehmensvertreter werden gemeinsam mit hochrangigen politischen Entscheidungsträgern die Einbindung der Wirtschaft beim EU-Annäherungskurs der Ukraine, bei Themen des Wiederaufbaus und für künftige gemeinsame Geschäftsfelder diskutieren. Wir freuen uns, dass mit Bundeskanzler Olaf Scholz und dem Premierminister der Ukraine, Denys Schmyhal, die Regierungschefs beider Länder das Forum eröffnen. Bitte merken Sie sich den Termin bereits jetzt vor. Eine Einladung für Ost-Ausschuss-Mitglieder wird im September versandt. Weitere Informationen:

Stefan Kägebein  
Regionaldirektor Osteuropa  
T. +49 30 206167-113  
[S.Kaegebein@oa-ev.de](mailto:S.Kaegebein@oa-ev.de)

Alena Akulich  
Leiterin  
Service Desk Ukraine  
T. +49 30 206167-129  
[A.Akulich@oa-ev.de](mailto:A.Akulich@oa-ev.de)

### **15. November: Konferenz: Russlands Angriffskrieg: Herausforderungen für Logistik und Lieferketten in der Ukraine und in Osteuropa 2023-2024 | Hamburg**

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Kühne Logistics University laden Sie herzlich ein zu unserer zweiten Hamburger Präsenz-Konferenz

Russlands Angriffskrieg: Herausforderungen für Logistik und Lieferketten in der Ukraine und in Osteuropa 2023-2024

am 15. November 2023 von 15:00 – 18:30 Uhr  
auf dem Campus der Kühne Logistics University (KLU),  
Großer Grasbrook 17, 20457 Hamburg.

Auch in diesem Jahr bieten Ost-Ausschuss und KLU Ihnen einen hochrangigen Austausch über aktuelle Herausforderungen für Lieferketten und Logistik. Mehr als eineinhalb Jahre

nach Beginn des russischen Angriffskrieges stehen die Lage in der Ukraine, die internationale Beteiligung am Wiederaufbau sowie die Einschätzung der Folgen für viele Wirtschaftsbereiche im Mittelpunkt der politischen und wirtschaftlichen Diskussionen - und damit auch im Mittelpunkt der Konferenz.

Wir freuen uns sehr,

S.E. Oleksii Makeiev, Botschafter der Ukraine in der Bundesrepublik Deutschland  
Dr. Melanie Leonhard, Senatorin für Wirtschaft und Innovation der Freien und Hansestadt Hamburg  
Dr. Malte Heyne, Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Hamburg,

auf unserem Panel begrüßen zu dürfen.

Die Teilnahme ist kostenlos.

Wir danken dem Hafen Hamburg Marketing e.V., der Handelskammer Hamburg und der Logistik-Initiative Hamburg für die Unterstützung der Konferenz.

Weitere Informationen und das Programm finden Sie hier:

[Konferenz: Russlands Angriffskrieg: Herausforderungen für Logistik und Lieferketten in der Ukraine und in Osteuropa 2023-2024 | Hamburg | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

## 9. Tipps & Links

---

**Control Risks** ist ein weltweit tätiges Risiko- und Strategieberatungsunternehmen., das sich auf politische, Sicherheits- und Integritätsrisiken spezialisiert hat. Control Risks informiert auch über Sanktionsrisiken und Compliance-Anforderungen. In diesem Artikel geht es um eine **Geschäftstätigkeit in Indien, Kasachstan und der Türkei** und die dabei bestehenden Sanktionsrisiken für Unternehmen: [The role of emerging powers amid widening geopolitical sanction fault lines \(controlrisks.com\)](https://www.controlrisks.com/en/insights/the-role-of-emerging-powers-amid-widening-geopolitical-sanction-fault-lines)

Im **Handelsbericht 2023 der WTO** werden die Auswirkungen von Sanktionen und Ausfuhrkontrollen auf den Handel erörtert. Darin heißt es, dass der Anteil des Welthandels, der von Handelssanktionen betroffen ist, von rund 3 Prozent im Jahr 2008 auf 13 Prozent im Jahr 2023 gestiegen ist und dass sich die Sanktionen gegen Russland auf die meisten Volkswirtschaften negativ auswirken werden. Der Bericht enthält Statistiken über den Anteil des Handels, der jedes Jahr von Sanktionen betroffen ist.

[World Trade Report 2023: Re-globalization for a secure, inclusive and sustainable future \(wto.org\)](https://www.wto.org/press/2023/23-04-11.htm)

Angebunden an die **Stanford University** macht sich eine **International Working Group on Russian Sanctions** Gedanken über die Wirkung der Sanktionen und deren mögliche Ausweitung. Die Arbeitsgruppe hat unter anderem bereits 15 Working Group Paper veröffentlicht, die letzten beiden Ausgaben befassen sich mit den Energie- und den Finanzsanktionen. Hier die Übersicht: [The International Working Group on Russian Sanctions | FSI \(stanford.edu\)](https://www.fsi.stanford.edu/working-groups/russian-sanctions)

### Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

Alle bisherigen **EU- Sanktionspakete** in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](https://europa.eu/european-council/en/sanctions)

-----

Der **Sanktionstracker von Correctiv.org** aktualisiert tagesaktuell, welche individuellen Sanktionen gegen wen verhängt werden und beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.

[Sanktionstracker – Alle Sanktionen gegen Russland im Live-Überblick \(correctiv.org\)](https://www.correctiv.org/sanktionstracker/)

-----

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber. Über 12.000 Einzelsanktionen gegen Russland sind hier verzeichnet und recherchierbar:

[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](https://www.atlanticcouncil.org/databases/russia-sanctions/)

-----

Der „**Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker**“ verfolgt restriktive Maßnahmen für Lebensmittel und Düngemittel. Die Auswirkungen von Exportbeschränkungen auf der



ganzen Welt werden als prozentualer Anteil der von Exportbeschränkungen betroffenen Kalorieneinfuhren der einzelnen Länder dargestellt. Der Tracker kann auch dazu verwendet werden, die aktuelle Situation mit der Lebensmittelpreiskrise 2007-2008 zu vergleichen.

[Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker | Tool | Food Security Portal](#)

-----

#### **FAQ der EU zu den Sanktionen:**

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

Aktuelle Entwicklungen bei den FAQ können Sie über diese Seite verfolgen:  
[Frequently asked questions - Sanctions against Russia \(europa.eu\)](#)

EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:

[Die EU-Sanktionen gegen Russland im Detail - Consilium \(europa.eu\)](#)

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

#### **Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:**

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

#### **Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen**

[BAFA - Russland](#)

#### **Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde**

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eu\\_833\\_2014.pdf?blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eg\\_765\\_2006.pdf?blob=publicationFile&v=19](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?blob=publicationFile&v=19)

#### **GTAI-Sanktionsübersicht**

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) [GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor: Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

### **AEB: Sanktionsübersicht**

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aeprus.ru\)](https://www.aeprus.ru)

### **AHK Belarus Krisenhotline**

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

-----

### **Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine**

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

-----

### **+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++**

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

**Haftungsausschluss:**

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

## Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ■ Vernetzen ■ Handeln



Andreas Metz  
Leiter Public Affairs  
T. +49 (0)30 206167-120  
[A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)  
Breite Straße 29  
10178 Berlin

[www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)  
LinkedIn | Facebook | Twitter @OstAusschuss